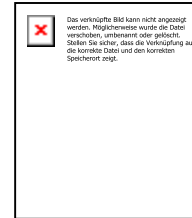


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANTRAG

4-0619/10-KT

für die öffentliche Sitzung

Kreistag

31.05.2010

Einreicher: Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV, DIE LINKE.

Betr.: Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV, DIE LINKE.
- Die Zukunft und Handlungsfähigkeit des Landkreises dauerhaft sichern –

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Teltow-Fläming bekennt sich zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Der Kreistag wird seinen Beitrag für die Haushaltskonsolidierung leisten, um die Handlungsfähigkeit des Landkreises auch zukünftig zu sichern.
2. Der Kreistag sieht die Haushaltskonsolidierung als tagtägliche Aufgabe für den Landrat, die Dezernenten und Amtsleiter an. Ebenso sind die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit Richtschnur für alle Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Die Verwaltung ist aufgerufen und gefordert, die Haushaltsermächtigung des Jahres 2010 sparsam zu nutzen und alle Kraft darauf zu verwenden, die im Haushaltsplan ausgewiesenen Defizite durch eigenes Handeln zu reduzieren.
3. Der Kreistag Teltow-Fläming appelliert an den Landtag Brandenburg und die Landesregierung sowie an den Bundestag und die Bundesregierung, der kommunalen Finanzausstattung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Tatsache der immer weiteren Verschuldung der Landkreise und kreisfreien Städte ist vordergründig kein hausgemachtes Problem. Hier wirkt das Missverhältnis von gesetzlichen Aufgaben und Vorschriften auf der einen und der nichtauskömmlichen Finanzierung durch Land und Bund auf der anderen Seite. Es geht uns deshalb um eine auskömmliche Aufgabenübertragung und Finanzausstattung von Land und Bund und darum, dass im Rahmen der Konnexität für übertragene Aufgaben an die Kreise auch die anfallenden Aufwendungen zu erstatten sind. Die fehlende Ausfinanzierung der Kindertagespflege und der Kosten der Unterkunft sind nicht länger hinzunehmen. Darüber hinaus ist endlich Ernst zu machen mit Entbürokratisierung, Verwaltungsmodernisierung und dem Abbau von Normen und Standards, die nicht mehr zeitgemäß sind und kommunalen Bedingungen zur Aufgabenerfüllung entgegen stehen.

Sachverhalt:

Der Landkreis Teltow-Fläming, der seit der ersten großen Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem 11.9.2001 in die „roten Zahlen“ gerutscht ist, hatte bis zum 31.12.2008 21,5 Millionen Euro Defizit im Rahmen kameraler Fehlbeträge aufgebaut. Deshalb hat der Landkreis schon seit dieser Zeit ein Haushaltssicherungskonzept. Durch vielfältige politische Anstrengungen konnte die Defizitentwicklung massiv gebremst und das Defizit sogar sukzessive abgebaut werden. Im Gegensatz zu anderen Landkreisen erhielt Teltow-Fläming keine Entschuldungshilfen und steht im Vergleich mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten finanziell vergleichsweise gut da. Der Jahresabschluss 2009 ist noch nicht bekannt, sodass unklar ist, ob das Defizit weiter gewachsen ist oder 2009 weiter abgebaut werden konnte. Der Landkreis Teltow-Fläming ist im Jahr 2009 in die doppelte Haushaltsführung eingestiegen. Im Haushaltsentwurf 2010 stellt sich mit allen Unsicherheiten erneut ein Defizit i.H.v. ca. 9 Millionen Euro dar. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt auf, dass, wenn es nicht zu Veränderungen kommt, der Landkreis sich sukzessive weiter verschulden wird. Eine weitere Verschuldung ist nicht hinnehmbar. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, eine Trendwende einzuleiten, die Schulden abzubauen und nicht nur zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, sondern auch positive Erträge zu erwirtschaften. Bei alledem muss der Haushalt Investitionen des Landkreises auch in Zukunft ermöglichen, freiwillige Aufgaben sicherstellen und dem Landkreis politischen und finanziellen Spielraum für soziale Gerechtigkeit ermöglichen.

Der Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger findet in den Gemeinden, Städten und Landkreisen statt. Besonders in Zeiten von Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Schuldenbremse muss endlich umgedacht und umgesteuert werden, wenn Deutschland auch mittel- und langfristig als Staat, aber auch hier vor Ort in der kommunalen Selbstverwaltung handlungsfähig bleiben soll. Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind die schwächsten Glieder in der Kette. Hier müssen ehrenamtliche Kommunalpolitiker dafür gerade stehen, was auf Landes- und Bundesebene zu verantworten ist. Die Ursachen sind entweder globaler Natur oder im Wesentlichen durch politische Entscheidungen und Vorgaben von EU, Bund und Land zumindest mit verursacht.

Verwaltung und Kreistag wollen für unseren Landkreis alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, um auch zukünftigen Generationen Handlungsspielräume zur Entwicklung ihrer Heimatregion zu ermöglichen. Das schaffen wir nicht allein. Das sind schwierige Aufgaben, die mit entsprechenden Rahmenbedingungen und entsprechender finanzieller Ausstattung vom Land und vom Bund mitgestaltet werden müssen.

Luckenwalde, den 31.05.2010

Christoph Schulze
Fraktion SPD/Grüne

Matthias Nerlich, Holger Vogt
Fraktion FDP/Bauernverband

Kornelia Wehlan
Fraktion Die Linke.